Landtag Brandenburg **Drucksache 8/1647**
8. Wahlperiode

Kleine Anfrage 621

des Abgeordneten Steffen John (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Auswirkungen eines möglichen EU-weiten Verbrennerverbots für Firmenflotten ab 2030 auf Brandenburgs Wirtschaft

Laut aktuellen Medienberichten[1] plant die EU-Kommission, Ende 2025 einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, nach dem Unternehmen, darunter auch Handwerksbetriebe, ab 2030 keine neuen Verbrennerfahrzeuge mehr anschaffen dürfen. Vertreter der brandenburgischen Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern äußern erhebliche Bedenken. Kritisiert werden vor allem die fehlende Ladeinfrastruktur, die hohen Anschaffungskosten für E-Fahrzeuge sowie die Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit. Besonders für ein Flächenland wie Brandenburg wird die mangelnde Abdeckung mit Schnellladepunkten als Problem benannt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung bereits offizielle Informationen oder Stellungnahmen seitens der EU-Kommission zu einem möglichen vorgezogenen Verbrennerverbot für Firmenflotten ab 2030 vor? Was genau liegt vor?

2. Wie bewertet die Landesregierung die möglichen Auswirkungen eines solchen Verbots auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Unternehmen in Brandenburg, insbesondere im Handwerk und bei kleinen und mittleren Betrieben?

3. Welche Maßnahmen ergreift oder plant die Landesregierung, um den Ausbau der Ladeinfrastruktur – insbesondere von Schnellladepunkten – bis 2030 im Land Brandenburg zu beschleunigen?

4. Welche Schritte plant die Landesregierung, um sich auf Bundes- oder EU-Ebene gegen ein pauschales Verbrennerverbot und für den Erhalt technologieoffener Lösungen einzusetzen?

5. Welche Position vertritt die Landesregierung hinsichtlich der weiteren Nutzung und der Entwicklung von Verbrennungsmotoren mit klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen als Alternative zur erzwungenen Elektromobilität?

---

[1] Vgl. „Brandenburgs Wirtschaft warnt vor Verbrennerverbot für Firmenflotten“, in: *Märkische Allgemeine Zeitung* v. 11.08.2025.

Eingegangen: 24.08.2025 / Ausgegeben: 25.08.2025

6. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass der Zwang zur Elektromobilität für viele Betriebe technisch und wirtschaftlich nicht umsetzbar ist? Falls nein, warum nicht?

7. Welche Förderprogramme existieren aktuell auf Landes- oder Bundesebene zur Unterstützung von Unternehmen bei der Umstellung auf E-Mobilität und wie viele brandenburgische Betriebe haben diese bisher in Anspruch genommen?

8. Plant die Landesregierung, sich auf Bundes- oder EU-Ebene für praxisnahe Übergangsregelungen, technische Ausnahmen oder technologieoffene Lösungen (z. B. Biokraftstoffe, Wasserstoff, moderne Plug-in-Hybride) einzusetzen? Wenn ja, ab wann und mit welchen konkreten Vorschlägen? Falls nein, wie soll in diesem Fall die extreme zusätzliche Kostenbelastung und oftmals Insolvenzgefahr, insbesondere für unsere Handwerksbetriebe und Kleinstunternehmen, abgefangen werden?